

DIE LINKE

<http://www.die-linke.de/die-linke/aktuell/>



Gabi ZIMMER

Spitzenkandidatin DIE LINKE / Vorsitzende der Linksfraktion im
Europaparlament

gabizimmer.eu

gabriele.zimmer@ep.europa.eu

**1. Werden Sie sich an einer Europäischen Koalition gegen das TTIP beteiligen,
wenn sich eine solche bildet?**

Anmerkungen (optional)

JA

DIE LINKE lehnt das TTIP unmissverständlich ab, da dies Soziales, Umwelt, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie attackiert. Deswegen muss TTIP gestoppt werden. DIE LINKE unterstützt den Widerstand gegen das TTIP und steht bereits jetzt in engem Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern sowie Gewerkschaften in Deutschland und Europa, die dieses Abkommen stoppen wollen.

**2. Unterstützen Sie einen Krisengipfel der Staats- und Regierungschefs der
Mitgliedstaaten der Eurozone zur Wahrung von Frieden und europäischer
Unabhängigkeit?**

Anmerkungen (optional)

NEIN

DIE LINKE tritt klar und deutlich für Verhandlungen und für eine Politik der Deeskalation ein, um eine politische Lösung der Ukraine-Krise zu finden. Sie hat die Mitverantwortung des Westens – der USA und der EU – an der Zuspitzung stets kritisiert. Für die „europäische“ Seite gilt jedoch: Sowohl die offiziellen Verhandlungen mit Russland (oder der Ukraine) als auch offizielle Krisengipfel müssen von der EU als Ganzes, z.B. den zuständigen Ratsgremien, durchgeführt werden. Die Eurogruppe, d.h. die Staaten der Eurozone, ist keine eigenständige internationale Organisation mit „außenpolitischem Mandat“, ihre Mitglieder zugleich EU-Staaten. Offizielle Gipfel der Eurogruppe, die über finanz- und wirtschaftspolitische Fragen des Währungsraumes hinausgehen, tragen zu einer Desintegration der EU bei (siehe Antwort VI).

3. Unterstützen Sie die Forderung nach einem Abzug aller nicht-europäischen bewaffneten Kräfte von europäischem Territorium und insbesondere des Abzugs der amerikanischen Nuklearwaffen? **JA**

Anmerkungen (optional)

DIE LINKE unterstützt diese konkrete Forderung. Sie lehnt allerdings die Forderung von Newropeans nach einer europäischen Armee ab.

4. Unterstützen Sie die Forderung nach Suspendierung oder politischer Kontrolle des EAD? **JA**

Anmerkungen (optional)

DIE LINKE lehnt den EAD ab. Er integriert militärische EU-Institutionen unter seinem Dach und ordnet zivile EU-Institutionen und Programme einer macht- bzw. geopolitischen Logik unter. Mit dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ und durch Maßnahmen der zivil-militärischen Kooperation strebt der EAD die Einbettung developmentspolitischer und ziviler Expertise sowie finanzieller Mittel in die Ausgestaltung von GSVP-Missionen und damit die Indienststellung u.a. der Entwicklungszusammenarbeit in militärische und polizeiliche Operationen an. Zudem unterliegt der EAD keiner wirksamen demokratischen Kontrolle – weder auf EU-Ebene im Europäischen Parlament, noch auf Ebene der Mitgliedstaaten existieren effektive parlamentarische Mechanismen zur Kontrolle oder Einflussnahme auf die Politik des EAD. Aus Sicht der LINKEN bedarf es daher einer umfassenden „Entmilitarisierung“ und Demokratisierung des EAD.

5. Unterstützen Sie den Vorschlag von Newropeans, dass alle größeren Änderungen der Gemeinschaftsverträge, insbesondere Erweiterungen, ein trans-europäisches Referendum erfordern? **JA**

Anmerkungen (optional)

DIE LINKE will mehr direkte Demokratie in der EU verwirklichen, um die Legitimation politischer Prozesse und Entscheidungen zu erhöhen und die EU-Bürger aktiv in die Politikgestaltung einzubeziehen. Darum tritt DIE LINKE für die Einführung von Volksentscheiden auch auf EU-Ebene ein. Insbesondere über europäische Grundsatzentscheidungen - Vertragsänderungen, EU-Beitritte sowie über die Verabschiedung einer EU-Verfassung, für die DIE LINKE sich einsetzt - sollen die EU-Bürger in Referenden abstimmen können.

6. Unterstützen Sie den Vorschlag von Newropeans, ein demokratisches Euroland aufzubauen?

NEIN

Anmerkungen (optional)

DIE LINKE hat die Politik der EU und den politischen Prozess und die Form der EU-Integration – deren marktradikale Ausrichtung, das strukturelle Demokratiedefizit und die in den jüngsten Jahren zunehmend auf militärische Mittel setzende außen- und sicherheitspolitische EU-Integration – stets grundsätzlich kritisiert. Die gegenwärtige Krise des europäischen Integrationsprozesses und die auch in institutioneller Hinsicht v.a. im Rahmen der Eurokrisenpolitik stattfindenden desintegrativen Entwicklungen in der EU hat auch DIE LINKE mit Besorgnis zur Kenntnis genommen.

Die Herauslösung der Euroländer aus der EU ist jedoch für DIE LINKE keine Alternative: Als internationalistische, sozialistische und antimilitaristische Partei kämpft sie für einen Neustart der EU und des europäischen Integrationsprozesses. Dies schließt auch die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der EU ein, u.a. durch eine substanzielle Stärkung des Europaparlaments (u.a. Initiativrecht, vollständige Haushaltskontrolle, effektive Kontrolle der EU-Kommission) und mehr direkte Demokratie (siehe Antwort V). Dem demokratischen, sozialen und friedlichem Europa, wie es DIE LINKE verwirklichen will, stehen nicht in erster Linie nationale Interessenkonflikte – z.B. der von Newropeans aufgezeigte zwischen Großbritannien und Kontinentaleuropa – entgegen, sondern Klasseninteressen.
